

Ein Jahr nach Fukushima stellt Schwarz-Gelb den Atomausstieg in Frage

Schwarz-Gelb hat nicht dazugelernt

Die japanische Atomkatastrophe liegt ein Jahr zurück. Noch immer ist nicht absehbar, wie stark die Auswirkungen Mensch und Natur in Japan belasten. Weltweit hat sich die Diskussion um die Atompolitik zugespitzt – Deutschland hat als erste große Industrienation einen umfassenden Ausstieg aus der Atomkraft eingeleitet. Für die schwarz-gelbe Bundesregierung ist dieser erneute Atomausstieg allerdings eine energiepolitische Bankrotterklärung. Nur einige Monate nach der Laufzeitverlängerung musste Frau Merkel ihrer Energiepolitik eine radikale Kehrtwende verordnen. Wer aber jahrzehntelang und gegen alle gesellschaftlichen und politischen Widerstände für die Atomkraft kämpft, wird nicht binnen weniger Monate geläutert.

Seit dem Atomausstieg 2.0 haben Union und FDP für die Energiewende nicht mehr als Lippenbekenntnisse übrig. Die Bundesregierung hat weder ein konsequentes Handlungskonzept vorgelegt, noch setzt sie sich auf europäischer Ebene für den Umbau der Energiesysteme ein. Worauf wartet Schwarz-Gelb eigentlich?

Zum Jahrestag des Unglücks in Japan zeigt sich nun unverhohlen, was man bei Schwarz-Gelb wirklich vom Atomausstieg hält:

Atomkraft sei nicht gefährlich, denn ...

„Durch radioaktive Strahlung gab es in Japan keine Toten und keine Verletzten. Auch in Zukunft wird es weder bei der Bevölkerung noch bei den Arbeitern im Kraftwerk gesundheitliche Auswirkungen durch radioaktive Strahlung geben.“

(Dr. Michael Paul, MdB CDU/CSU Fraktion, Plenarrede zum Jahrestag Fukushima am 8. März 2012)

... Atomkraft sei beherrschbar!

„Das hat nichts damit zu tun, dass sich das sogenannte Restrisiko verwirklicht hat.“

(Dr. Michael Paul, MdB CDU/CSU- Fraktion, Plenarrede zum Jahrestag Fukushima am 8. März 2012)

In Deutschland könne das nicht passieren ...

„Im pazifischen Raum haben wir nun mal völlig andere tektonische Verhältnisse als in Deutschland und das bedeutet, dass das Unglück in Deutschland überhaupt nicht entstehen könnte.“

(Michal Fuchs, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender CDU/CSU, Interview im Deutschlandfunk 9. März)

...wenn man nur fest genug daran glaubt!

„Ist die AKW-Sicherheit Glaubensfrage? – Ich denke schon.“

(Michal Fuchs, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender CDU/CSU, Interview im Deutschlandfunk 9. März)

.....



Bei diesen Beiden ist die Energiewende in schlechten Händen: Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) bremsen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und notwendigen Maßnahmen zur Energieeffizienz.

Schwarz-Gelb verhindert die Energiewende

Wenn es nach dem Willen der meisten schwarz-gelben Minister gegangen wäre, hätte es den erneuten Atomausstieg nicht gegeben. Und genau das merkt man bis heute, denn es fehlt an Engagement, Kreativität und Kompetenz. Von der Aufbruchstimmung nach der Katastrophe in Japan ist bei Schwarz-Gelb nichts mehr zu spüren, ein Konzept gibt es nicht, ad-hoc-Entscheidungen bestimmen das Bild.

Mit den panisch zusammengewerkelten Gesetzesnovellen von Schwarz-Gelb wird Deutschland aber keines der energiepolitischen Ziele – Versorgungssicherheit auf Basis eines stabilen Energiesystems, Bezahlbarkeit für Privatverbraucher und Unternehmen sowie nachhaltige Energieerzeugung – erreichen. Die für den Systemumbau notwendigen Investitionen in erneuerbare und konventionelle Kraftwerkskapazitäten und in die Energienetze werden auf sich warten

lassen. Dies gefährdet die Stabilität unseres Energiesystems zusätzlich. Die Bundesregierung agiert bei der Energiewende hektisch, planlos und ohne aufeinander abgestimmte Maßnahmen.

Hier schläft Schwarz-Gelb besonders tief:

- Rechtssicherheit und Investitionsschutz: Ständige Novelierungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) ändern laufend die Rahmenbedingungen für Investitionen und verletzen den Vertrauensschutz.
- Energieeffizienz und Einsparung: Die Regierung verhindert ambitionierte Effizienzziele auf europäischer Ebene und stellt auch national keine ausreichenden Mittel und Anreizprogramme für einen intelligenten Umgang mit Energie bereit. Sie versagt bei Heizungs- und Gebäudesanierung und verwehrt Mieterinnen und Mietern Schutz vor steigenden Nebenkosten.

- Finanzierung der Energiewende: Der Energie- und Klimafonds der Bundesregierung zur Finanzierung der Energiewende sollte das Hickhack um die Förderprogramme mit Kürzungen und Haushaltssperren beenden. Nun stehen lediglich die Hälfte der versprochenen Mittel zur Verfügung. Das stop and go bei den Fördermitteln geht also in die nächste Runde.
- Netzausbau und Anbindung: Schwarz-Gelb kommt beim notwendigen Netzausbau keinen Schritt voran, Koordinationsversuche enden in Streitereien, gleichzeitig werden Alternativen zum Netzausbau weitgehend verhindert. Während die Bundesregierung besonders Windkraft auf See ausbauen will, fehlt es auch hier weiterhin bei der Netzanbindung an die Küste und zu den Lastzentren.
- Neubau von Kraftwerken: Die Bundesregierung bleibt untätig bei der Erneuerung und Flexibilisierung des Kraftwerksparks. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung tritt auf der Stelle. Damit steigt die Gefahr prekärer Versorgungssituationen.
- Monitoring: Obwohl sogar die Ethikkommission der Bundesregierung ein umfassendes Monitoring der Energiewende nahegelegt hat, sind die Maßnahmen von Schwarz-Gelb in diesem Bereich nur Stückwerk. Auch verpflichtende Überwachungsprozesse beispielsweise beim Klimaschutz oder der Energieeffizienz finden keinen Anklang.

Das lässt nur einen Schluss zu: Die schwarz-gelbe Koalition will keine wirkliche Energiewende, sie will die Struktur der großen vier Energiekonzerne erhalten, den Weg zurück zur Atomkraft offen lassen, die Erneuerbaren klein halten und sie hofft, dass der europäische Binnenmarkt für Energie mit der Zeit den deutschen Alleingang beenden wird.

Die Forderungen der SPD-Fraktion

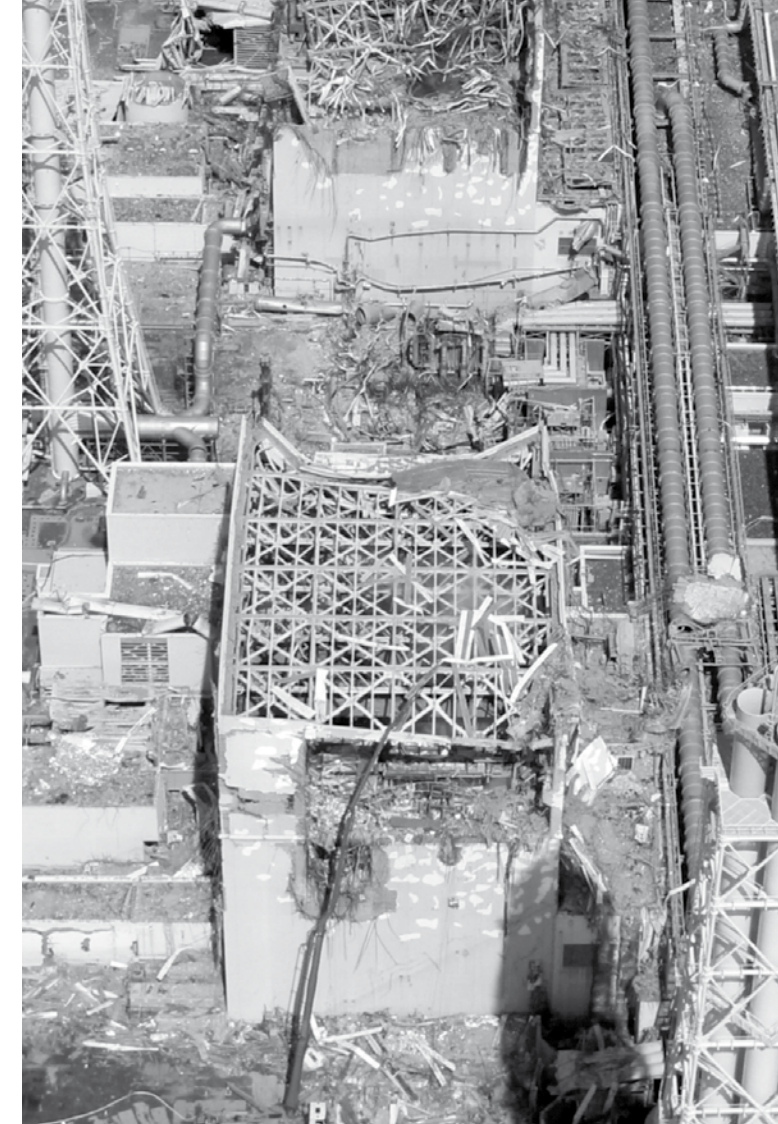
Die SPD fordert ein ganzheitliches Energiekonzept, das nicht nur verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren in regenerative und konventionelle Energieerzeugung ermöglicht, sondern die Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende mitnimmt und mögliche soziale Auswirkungen konsequent abfedert. Atomausstieg, die Steigerung der Energieeffizienz und der Einstieg in regenerative Energieerzeugung gehören für uns untrennbar zusammen. Nur mit einem in sich abgestimmten Maßnahmenpaket wird man der Querschnittsaufgabe Energiewende gerecht werden können: Wir müssen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit deswegen gemeinsam denken.



Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zusammen denken!

Die SPD-Fraktion will:

- die Verdopplung der Energieproduktivität von 1990 bis zum Jahr 2020 erreichen,
- bis zum Jahr 2020 den Primärenergieverbrauch gegenüber 2008 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent senken,
- den Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 gegenüber 2008 um 10 Prozent und bis 2050 um 25 Prozent vermindern,
- den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 45 Prozent erhöhen,
- den Anteil der KWK an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent und bis 2030 auf 30 Prozent erhöhen,
- bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand vorweisen und dafür die energetische Sanierungsrate für Gebäude von derzeit jährlich etwa 1 Prozent auf mindestens 2 Prozent steigern,
- bis zum Jahr 2020 den Wärmebedarf um 20 Prozent verringern,
- bis zum Jahr 2050 eine Minderung des Primärenergiebedarfs in der Größenordnung von 80 Prozent erreichen und
- die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent reduzieren.



WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT UND REDAKTION: SIMON OERDING | MÄRZ 2012

© **FOTOS:** PICTURE ALLIANCE/DPA (TITEL, SEITE 3/4), BIT.IT/PHOTOCASE.COM (SEITE 6)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Steht Schwarz-Gelb noch zum Atomausstieg?

Ein Jahr nach Fukushima